

v. li.: Ronny Kretschmer, Fraktion Die LINKE, Stellvertretender Vorsitzender Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, Mitglied des Landtages Brandenburg / Carla Kniestedt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, Mitglied des Landtages Brandenburg / Daniel Keller, Vorsitzender SPD-Fraktion, Gesundheitspolitischer Sprecher, Landtag Brandenburg / Prof. Dr. Michael Schierack, CDU-Fraktion, Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Gesundheit in der CDU-Fraktion. Rechts: Moderator Matthias Gabriel, Verantwortlicher Redakteur beim KomPart-Verlag (AOK).

AOK-Forum live in Potsdam: „Brandenburg hat die Wahl: Für eine Gesundheitsversorgung mit Zukunft!“

Teichert: „Gesundheitsversorgung integriert denken“

Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 diskutierten im Alten Rathaus zu Potsdam, in Blickweite zum Brandenburger Landtag, im Rahmen des Talkformats „AOK-Forum live“ Politiker:innen über die Herausforderungen und Chancen für die Gesundheitsversorgung des Flächenlandes. Der Titel der Veranstaltung: „Brandenburg hat die Wahl: Für eine Gesundheitsversorgung mit Zukunft“.

>> „Unser Leben ist endlich, unsere Ressourcen ebenso.“ Auf diesen Punkt brachte Prof. Stefan Heinemann, Professor für Wirtschafts-ethik FOM Hochschule Essen und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für digitale Transformation der AOK Nordost, die Dichotomie des menschlichen Lebens. Auf der einen Seite wissen alle, dass die Mortalität bei Menschen präzise bei 100 Prozent – wir alle werden sterben und das ist auch okay – liegt, doch bis dahin gelte das Motto: „versuchen, gesund zu leben, so gut es geht“. Theologe Heinemann weiter: „Und wenn wir einmal krank werden, möchten wir natürlich die bestmögliche Versorgung. Eigentlich so weit so gut.“ Gesund zu sein und zu bleiben sowie gesund zu werden sei ein „relativ intrinsisches Bedürfnis“. Jeder möchte unabhängig von seiner individuellen Lebensphase und Ausgangssituation „irgendwie fair und gerecht“ behandelt werden; doch werde in der Realität klar, dass das, was sich immer so gut liest, nicht ganz funktioniert: Auf der einen Seite wachsen und steigen die Bedarfe, auf der anderen stehen nicht steigende Ressourcen.

Ebenso ist nach Heinemann der Kontext unterschiedlich. So sei eben Brandenburg ganz anders als Nordrhein-Westfalen, aus dem er stamme. In Brandenburg sei die Fläche ein Thema und vor allem die „Gerechtigkeit in der Fläche“. Hier stoße das solidarische Grundprinzip beim Wunsch, ganz viel und immer noch mehr zu erreichen, bei potenziell immer weniger Geld an seine Grenzen. Ein möglicher Lösungsansatz: eine komplette Umorganisation – weg von „diesen ganzen solidarischen Systemen“ –, ein zweiter und probaterer: mehr Effizienz. Heinemann: „Ein möglicher Ausweg liegt darin, dass wir Strukturen schaffen oder auch ertüchtigen, die mit der Komplexität etwas anders umgehen können.“ Hier kommt für den Experten für die Ökonomie und Ethik digitaler Technologien das „viel zitierte Phänomen Digitalisierung“ ins Spiel.

Diese und ganz speziell die künstliche Intelligenz bräuchte man auch schon deshalb, weil man aus normativen Gründen nicht auf Solidarität verzichten könne. „KI ist ein ganz scharfes Schwert“, warnt Heinemann, sieht aber auch eine große Chance: „Es ist das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir ein Instrument wie dieses zur Verfügung haben.“

An dieser Stelle bemühte der Ökonom und Ethiker Homers Odyssee und hier dessen Fahrt zwischen den Ungeheuern Skylla auf dem größeren von zwei sich gegenüberstehenden Felsen der Meerenge und Charybdis auf der anderen: Der Grieche sei schlau gewesen und hätte den klugen Mittelweg der Vernunft gewählt, den er auch im Umgang mit KI anrät: einen klugen Weg zu wählen zwischen der Angst, durch Technologie de-humanisiert und de-professionalisiert zu werden, und dem Ansatz, KI zu domestizieren und auf ihren Platz zu verweisen. Heinemann: „Dann leisten wir in der Menschheitsgeschichte eine ganz enorme Sache, denn wir alle sind die letzte Generation, die das noch kann.“

Trotz Heinemanns eindringlicher Worte für einen positiven Umgang mit der Digitalisierung und ganz speziell der KI gerieten beide Themen ob der aktuellen Themenlage in der anschließenden Mentimeterumfrage ins Abseits. Auf die Frage an die Teilnehmenden, welche gesundheitspolitischen Themen die größte Rolle in der kommenden Legislaturperiode und in der anstehenden Landtagswahl in Brandenburg spielen würde, kamen vor allem die Stichworte „Krankenhausreform“, gefolgt von „Pflege“ und „Finanzierung“, ganz zu Schluss erst die Digitalisierung.

Auch in den anschließenden Eingangsstatements der Podiumsgäste – alles Landespolitiker:innen aus Brandenburg – kam Digitalisierung nicht vor. So betonte Daniel Keller, Vorsitzender der brandenburgischen SPD-Fraktion und gesundheitspolitischer Sprecher des Landtags Brandenburg, dass das Land zum einen die Investitionen in die Krankenhäuser erhöht habe, zum anderen in Zukunft mehr Ärzt:innen selbst ausbilden und fördern und zum Dritten den mit 18 Millionen Euro geförderten Pakt für Pflege verstetigen möchte.

Prof. Dr. Michael Schierack, Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Gesundheit der CDU-Fraktion, sprach sich hingegen dafür aus,

Zitationshinweis

Stegmaier, P.: „Teichert: ‚Gesundheitsversorgung integriert denken'", in „Monitor Versorgungsforschung" (04/24), S. 12–13. http://doi.org/10.24945/MVF.04.24.1866-0533.2642

dass es die Aufgabe der Zukunft sein wird, wie Gesundheit in ländlichen Regionen organisiert werden könne. Hier stehe vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie der stationäre und ambulante Sektor miteinander gestaltet und auch die Logistikstrukturen gestärkt werden können. Dazu brauche es nicht nur Geld, sondern auch Fachkräfte sowie bei allem nicht nur das Land, sondern auch den Bund.

Ronny Kretschmer, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz und für die Fraktion Die LINKE Mitglied des Landtages Brandenburg, führte aus, dass es Patient:innen letztlich doch relativ egal sei, ob sie von einem Arzt im Krankenhaus oder von einem niedergelassenen Kollegen behandelt werden; das Wichtigste ist, dass sie überhaupt behandelt werden, wenn sie einer Behandlung bedürfen. Oder einen Platz in einer Pflegestation oder Zugang zu einer adäquaten ambulanten Pflege bekommen. Kretschmer: „Das sind die Probleme, die die Menschen im ländlichen Raum bewegen." Sein Petitum ist daher eine sektorenübergreifende regionalisierte Versorgungsplanung, diese allerdings von ärztlicher Betreuung bis hin zur Pflege.

Das funktioniere nur im Team und mit den bereits existenten Versorgungsstrukturen, setzte CDU-Mann Schierack hinzu. Hier bedürfe es eines „neuen Teamgeistes". Nur damit komme man über eine sektorale Sichtweise hinweg. Diese sei vor 10 oder auch 15 Jahren noch denkbar gewesen, doch werde man sehen, dass dieser Ansatz nicht mehr funktionieren wird und in Zukunft gerade auf dem Lande nicht. Schierack: „Wir müssen alle miteinander Verantwortung übernehmen, denn wir haben diese Verantwortung." Dazu müsse allerdings der Gesetzgeber im Bund die nötigen Voraussetzungen schaffen.

Carla Kniestedt, Mitglied des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz und für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied des Landtages Brandenburg, zeigte sich hingegen ein wenig resigniert. Sie wüsste gar nicht mehr, wie oft diese oder ähnliche Themen vor diesem oder einem anderen Publikum diskutiert worden seien, langsam könne man „mit der Nummer nicht mehr auftreten". Auch könne sie den Begriff „Modell" nicht mehr hören, jetzt sei „machen" angesagt. Das setze zum einen voraus, dass jede einzelne Berufsgruppe, die in diesem komplizierten und komplexen Gesundheitssystem eine Rolle spielt,



v.li.: Ursula Nonnemacher, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, und Daniela Teichert, Vorstandsvorsitzende der AOK Nordost. Fotos: AOK Nordost/Christian Marschler.

aus ihrer persönlichen Rolle herauskommt: „Wenn sich jeder nur in seinem Bereich bewegt, kommen wir nicht weiter." Zum anderen müssten neue Regelungen geschaffen werden, damit Pflegekräfte und andere Professionen verantwortlicher arbeiten können. Auch müsse sich ihrer Meinung nach die KV bewegen und zulassen, dass das Land Zugriff auf ambulante Sitze erhält und nicht sofort auf die eigene Hoheit verweist.

Es sei schon eine Frage, ob ich die Krankenhausreform begleite oder mit dem Finger auf den Bund zeige, gab Keller zu bedenken. Auch müsse kritisch hinterfragt werden, ob es vertretbar sei, dass ein Schlaganfall in der Uckermark eine andere Behandlung erfahre als in Potsdam. Oder ob es vertretbar sei, dass ein Herzinfarkt, statistisch belegt, in der Fläche eine andere Mortalität aufweise als in einem urbanen Gebiet. SPD-Politiker Kellers Anregung und Wunsch: „Das müssen wir mit den Brandenburger:innen diskutierten und vor allem müssen wir erklären, dass das Thema Qualität in der Krankenhausreform eine große Rolle spielt." Auch müsse man sich darin ehrlich machen, dass für viele elektive Eingriffe die Wege künftig weiter werden müssen.

Anschließend zog Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher eine persönliche Bilanz der vergangenen Jahre. „Die gesamte Legislaturperiode war von großen Krisen geprägt. In der Pandemie haben wir eine riesige Impfkampagne umgesetzt, die Afrikanische Schweinepest, der Krieg in der Ukraine, durch den mehr als 60.000 Geflüchtete nach Brandenburg kamen – wir haben die ganze Zeit Krisen abgefedert und Rettungspakete geschnürt", so Nonnemacher. Deswegen sei sie in gewisser Weise frustriert und verärgert, dass es eine so große Unzufriedenheit gebe, obwohl so viel geleistet worden ist. „Es ist schwer, auf reine Panikmache mit Politik zu reagieren." Bei der Krankenhausreform sehe sie es als zentral an, dass die Länder diese gut begleiten und gut umsetzen. Große Sorgen mache ihr allerdings die Rückständigkeit in der Prävention. „Das ist alles keine Raketenwissenschaft." Die fünf wichtigsten Punkte zum Schutz vor koronaren Herzerkrankungen seien sehr einfach umzusetzen, dennoch falle Deutschland bei der Lebenserwartung schon jetzt zurück. Daran muss sich ihrer Ansicht nach ganz dringend etwas ändern, sonst „können wir die Versorgung irgendwann nicht mehr bewerkstelligen", sagte die ehemalige Notfallmedizinerin Ursula Nonnemacher, die bei der kommenden Landtagswahl nicht mehr antreten wird.

Daniela Teichert, Vorstandsvorsitzende der AOK Nordost, forderte in ihrem Schlusswort neue Antworten auf die Fragen, die das Gesundheitssystem beschäftigen. Jedoch ist ihrer Meinung nach nicht die Krankenhausreform die Lösung, sondern es sei notwendig, die gesamte Gesundheitsversorgung integriert zu denken. Wichtig sei es, die vorhandenen Daten zu nutzen. „Wir müssen endlich die Daten für eine Bedarfsplanung nutzen", sagte Daniela Teichert und zog damit den Bogen zur Keynote von Heinemann. Die Digitalisierung habe für sie die große Chance, die Versorgung der Zukunft mit weniger Ressourcen zu sichern. Künstliche Intelligenz spiele dabei eine Rolle. „Das kann eine echte Chance für eine individualisierte Medizin sein." <<

von: MVF-Chefredakteur Peter Stegmaier